

Ungarns Katholiken in der pluralistischen Gesellschaft

Der erste postkommunistische Ministerpräsident József Antall hat den Satz geprägt: „Entweder wird Ungarn christlich, oder es wird es nicht mehr geben.“ Darin kommen große Erwartungen vor allem an die katholische Kirche zum Ausdruck. Doch von vielen wird Ungarn heute als Missionsland bezeichnet. Ein Drittel der Kinder werden nicht getauft. Die Zahlen der Kirchgänger und der Priester erreichen kaum die Hälfte des westeuropäischen Niveaus. Der folgende Situationsbericht nimmt diese Widersprüchlichkeit zum Ausgangspunkt. Ungarns katholische Kirche hat in den vergangenen Jahren fundamentale Veränderungen erlebt. Tastend sucht sie ihren Weg in einer sich verändernden Welt, in der sie jetzt selbst ihre Position bestimmen kann. Die Ausgangsbedingungen können dabei soziologisch, psychologisch und ekklesiologisch in drei Stichworte gefaßt werden: Marginalisierung, Fixierung auf die Verfolgung und Amtszentriertheit. Damit sind mehrere Komponenten und unterschiedliche Ursachen verbunden. Allesamt sollen sie jedenfalls nicht als Bewertungen, sondern als Diagnosen verstanden werden, die in einem wenn auch schmerzlichen Prozeß zur Überwindung vorhandener Lähmungen und Verkrampfungen unerläßlich sind.

Die Marginalisierung der Christen

Das vergangene halbe Jahrhundert war nicht nur vom Weltkrieg und von der kommunistischen Herrschaft geprägt. Dahinter sind die vormoderne, einheitliche, traditionelle Kultur und Gesellschaft zerfallen. Die Volksfrömmigkeit sowie die bestimmende Rolle der Kirche haben sich in diesem Prozeß verflüchtigt, und das keineswegs nur als Ergebnis der Kirchenverfolgung. Das autoritäre politische System hat dazu aber auf seine Weise beigetragen. Es hat die eigengesetzliche Regeneration der Gesellschaft erschwert und die Kirche daran gehindert, kreativ auf die Herausforderungen der Zeit zu antworten. So traf die Wende auf eine unselbstständig gewordene Kirche und auf eine unmündige Gesellschaft, die beide erst langsam beginnen, den inzwischen entstandenen Pluralismus wahrzunehmen. Beide sind unentschlossen, ob sie die ungewohnte Vielfalt als neue „*conditio humana*“, als aus dem Kommunismus zurückgebliebenes Übel oder als eine aus dem Westen übertragene Ansteckungskrankheit ansehen sollen. Klar ist aber, daß die gesellschaftliche Relevanz verschiedener Gruppen, darunter die der Christen

und der Kirchen, neu zur Debatte steht. Unter den sich ständig verändernden modernen Verhältnissen können gesellschaftliche Positionen immer nur vorübergehend erkämpft oder ausgehandelt werden. Für die Christen, speziell für die Katholiken sind drei solcher Faktoren besonders relevant: ihr geschrumpfter zahlenmäßiger Anteil an der Gesamtbevölkerung; ihre Präsenz vor allem in den niedrigeren Schichten und Gruppen der Gesellschaft; und schließlich ihre relative Überalterung.

Zahlenmäßig sind die Christen zu einer Minderheit geworden. Der Anteil der regelmäßig Praktizierenden liegt bei 15 Prozent und jener der gelegentlich Praktizierenden bei 17 Prozent. Weitere 35 bis 40 Prozent der Erwachsenen nennen sich zwar religiös, doch sie haben keinen Kontakt zur Kirche. Diese Daten gelten entsprechend auch für die katholisch getaufte Bevölkerung. Doch im Vergleich zu früher gibt es zwei wichtige Veränderungen: zum einen der ausdrücklich religionslose Bevölkerungsanteil von etwa 30 Prozent und darunter eine kleine, kämpferisch-atheistische und kirchenfeindliche Gruppe von etwa 3 bis 4 Prozent der Gesellschaft; zum anderen die Konkurrenz neuer Religionen und Kirchen, vor allem fundamentalistisch-pfingstlerischer oder auch synkretistischer Art. Diese letzteren haben zwar eine Anhängerschaft von weniger als 50 000 Personen, lassen sich aber von den Medien und bestimmten politischen Gruppierungen gern gegen die großen Kirchen instrumentalisieren.

Ein zweites Moment der marginalen Situation der Katholiken (wie auch der Christen im allgemeinen) ist ihr hoher Anteil bei weniger Gebildeten und in Berufsgruppen mit geringem gesellschaftlichem Gewicht, also unter Kleinbauern, angelernten Arbeitern, Hilfsarbeitern sowie unter Rentnern und Hausfrauen. Dies hat zwangsläufig Konsequenzen für die ungünstige Wirtschaftssituation der Christen, gemessen sowohl am Einkommen, am Vermögensstand als auch am Besitz moderner technischer Güter von der automatischen Waschmaschine bis zur Satellitenantenne oder zum Computer. Als Folge dieser strukturellen Situation haben Christen weniger Zugang zu Information und können sich in öffentlichen Anliegen weniger artikulieren und durchsetzen. Damit ist das gesellschaftliche und politische Gewicht der Christen wesentlich geringer als ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung. Besonders schwerwiegend ist, daß es fast keine Christen unter den Human- und Sozialwissenschaftlern gibt. Die christliche Bildungsschicht besteht in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Naturwissenschaftlern, Ärzten, Ingenieuren – also aus Fachleuten, die sich weniger mit Mensch und Gesellschaft und auch weniger mit allgemeinen philosophischen und ethischen Fragen beschäftigen.

Die Marginalisierung zeigt sich schließlich auch als ein altersbedingtes Phänomen. Die Generation der über 57jährigen, die kurz vor oder im Rentenalter stehen und noch vor der Zeit des Kommunismus erzogen wurden, ist in hohem Maß religiös praktizierend. Ganz anders ist dies bei der Jugend. So geht durch die

Generationen ein tiefer Riß. Dies hat verschiedene Folgen. Erstens gehen mit dem Ausscheiden aus dem Berufsleben viele Möglichkeiten gesellschaftlicher Partizipation verloren. So brutal es auch klingen mag: Ein hoher Anteil von alten Menschen bedeutet für die Kirchen eine schwächere gesellschaftliche Position. Dazu kann leicht noch der Anschein entstehen, daß Religion und Kirche Anliegen für den Lebensabend oder gar Relikte aus der Vergangenheit sind. Zweitens verursachen die voneinander abweichenden Sozialkontakte, Lebenserfahrungen, Lebensperspektiven und Interessen der verschiedenen Altersgruppen ernste Meinungsunterschiede und innerkirchliche Spannungen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß 54 Prozent des aktiven Diözesanklerus über 50 Jahre alt, 36 Prozent über 50 Jahre und 13 Prozent über 70 Jahre alt ist. Die Orden sind noch mehr überaltert. Drittens muß mit dem Ableben der stark vertretenen älteren Jahrgänge von einer bedeutenden Abnahme des gesellschaftlichen Anteils der Christen ausgegangen werden.

Die Daten der Europäischen Wertestudie geben ein plastisches Bild von den Unterschieden zwischen der alten und der jungen Generation. Kultur, Wertordnung und Religiosität der jetzt über 55jährigen Ungarn sind nahe verwandt mit jenen der gleichaltrigen Generation in Süddeutschland oder Österreich. Die Lebensauffassung der unter 40jährigen weicht dagegen sowohl von jener der älteren Ungarn als auch der älteren wie jüngeren Deutschen und Österreicher ab und ähnelt eher jener der gleichaltrigen Skandinavier. In 40 Jahren hat ein Wandel der moralischen und weltanschaulichen Orientierung zum Nachteil der Religiosität stattgefunden.

Die Nachwirkungen der kommunistischen Verfolgung

Es besteht kein Zweifel, daß der Kommunismus menschenverachtend und schädlich für Mensch und Gesellschaft war. Er hat die Christen, die Kirchen und alle selbständigen Ansätze in der Gesellschaft verfolgt. Er hat zerstört und manipuliert. Noch schlimmer ist aber vielleicht, daß er viele in einen Verfolgungswahn getrieben hat. Dabei gab es gute Gründe, mißtrauisch gegenüber allem und allen zu sein. Doch das Mißtrauen konnte auch krankhafte Züge annehmen. Die katholische Kirche wurde (auch) in Ungarn verfolgt, isoliert, an den Pranger gestellt. Es ist ihr zwar gelungen, trotz der ständigen Angriffe zu überleben, doch unter dauernder Angst. Sie konnte weiter die Sakramente spenden, vermochte aber ihr gesellschaftliches Umfeld bald nur noch unter dem Vorzeichen des Kirchenkampfes zu sehen. Die Tatsache der Verfolgung hat einen umfassenden Mythos der Verfolgung erzeugt. Mythen sind bipolar strukturiert: Das Gute kämpft gegen das Böse. In diesem Deutungssystem hat sich die Kirche mit der einen und den Kommunismus mit der anderen Seite identifiziert. Dafür gab es gute Gründe. Doch diese mythisierende Vereinfachung verbaute der Kirche den Weg zur

Selbsterkenntnis, verunmöglichte jede Vergangenheitsbewältigung und blockierte jeden Dialog.

Der Idee der Vergangenheitsbewältigung wird die Tatsache der Verfolgung entgegengesetzt. Somit kann weder von der strukturellen Sünde der Vorkriegszeit gesprochen werden, als die katholische Kirche die erste Großgrundbesitzerin war und gleichzeitig Millionen von Bauern kein Land hatten. Es kann nicht über die Judengesetze und den Holocaust gesprochen werden, wo sich die Kirche zumindest durch ihr Schweigen zur Mittäterin gemacht hat. Es kann auch nicht über die Friedenspriester, über die Rolle der kirchlichen Hierarchie während des Kommunismus oder über die vatikanische Ostpolitik nachgedacht werden. Die einzige Bezugsgröße ist die Religionsfeindlichkeit des Kommunismus, mit deren Ertragen man alles andere rechtfertigen will.

Es ist makaber, aber vielleicht gar nicht so sonderbar, daß auf der anderen Seite eine ähnliche Logik waltet. Bei manchen kommunistischen und liberalen Kirchenkritikern wird neuerdings auf die tatsächlichen oder erlogenen Vorkriegssünden der Kirche verwiesen. Die Kirche habe grundsätzlich gegen das Volk und den Fortschritt gehandelt und damit ihr Schicksal wohlverdient. Es sei unglücklich, wenn gelegentlich „einzelne überzogene Angriffe“ gegen sie erfolgt seien, doch im Grund sollte sie nur rechtens in ihre Schranken verwiesen werden.

Selbstverständlich ergeben sich aus diesen beiden Sichtweisen diametral entgegengesetzte Vorstellungen über die Geschichte und die Rechte der Kirche sowie über die sie betreffenden Zukunftsvorstellungen. Sie prallen konfliktgeladen aufeinander und sorgen für weitere Verhärtungen. Die Weigerung, die eigene Sündhaftigkeit (auch die Sündhaftigkeit der Glieder, der Amtsträger und der sichtbaren Strukturen der Kirche) eingestehen zu wollen, behindert sämtliche Ansätze einer Verständigung mit den Nichtglaubenden und den Kritikern der Kirche. Die feste Demarkationslinie zwischen den Fronten ist auch für jede Evangelisierung unüberwindbar.

Amt und Organisation über alles

Eine der zentralen Bemühungen des totalitären Staates bestand bekanntlich in der Zerschlagung der Struktur der Kirche. Vereine, Verbände, Bewegungen und Orden wurden allesamt verboten. Die konfessionellen Institutionen wurden verstaatlicht. Das Gemeinschaftsleben wurde auf die Liturgie beschränkt. Der Zugang der Kirche zu der Jugend wurde extrem erschwert. Selbst der Klerus wurde der staatlichen Kontrolle unterworfen. Die Zulassung zum Theologiestudium wurde vom Kirchenamt genauso beaufsichtigt wie die Priesterweihen, die Zuweisungen der Arbeitsbereiche der Priester und natürlich die Besetzung kirchlicher Stellen. Bischofsernennungen bedurften der staatlichen Zustimmung. Die Ober-

hirten sind vor ständigen Demütigungen, Schikanen, Beobachtungen und dem Abgehörtwerden trotzdem nicht verschont geblieben.

Im Endergebnis konnte die Kirche nicht mehr als große Organisation, sondern nur als eine lose Anhäufung von einzelnen Zellen existieren. Sie funktionierte nicht als ein zentral verwaltetes System, sondern in drei lebensnahen Dimensionen: einerseits als Volkstradition im Gemeindeleben, andererseits auf der Basis des Sendungs- und Pflichtbewußtseins der Priester und drittens in Kleingruppen und Basisgruppen im Halbuntergrund. Das Kirchenleben bestand aus dem, was es schon immer gab, oder was an Neuerungen durch die Initiativefähigkeit, Durchsetzungskraft und Schlaueit einzelner Priester oder auch Laien verwirklicht werden konnte. Den Bischöfen blieb lediglich die äußerst undankbare Pufferfunktion zwischen dem feindlichen politischen System und der Kirche. „Erreichen“ konnten sie da wenig. Weil aber für unzählige Handlungen der Kirche (sowohl im wirtschaftlichen, wie im organisatorischen Bereich) eine staatliche Zustimmung formal erforderlich war, benötigte die Kirche Bischöfe, die mit dem Staat im Gespräch bleiben konnten. Das religiöse Geschehen jedoch erfolgte weitestgehend ohne ihr Zutun und häufig ohne ihr Wissen. Das soll wieder keine Kritik sein. Das Nichtwissen gab ihnen die Sicherheit, darüber niemandem etwas sagen zu können. Und bei diesem Nichtwissen konnten die Bischöfe auch vom Staat nur sehr vage zur Rechenschaft gezogen werden. Es kam zu einer faktischen Funktionsteilung: Bischöfe für Verhandlungen mit dem Staat, Priester und Laien dagegen als die das religiöse Leben aufrechterhaltenden Aktivisten. Diese Funktionsteilung kann durchaus als eine erfolgreiche strukturelle Adaptation der Kirche an eine sehr schwere sozio-politische Situation gewertet werden.

Die Blockierung der internen Zusammenarbeit war freilich eine Beschränkung, die dem Wesen der Kirche zuwiderlief und auch praktische Schäden verursachte. Von der Organisationsform her gesehen funktionierte die katholische Kirche in den vergangenen Jahrzehnten kaum anders als die Vielzahl der Kleinkirchen und Sekten: eben in den einzelnen Gruppen und Gemeinden, ohne eine funktionierende Dachorganisation. Das allererste, was die Oberhirten nach der Wende zu überwinden versuchten, war diese Desorganisiertheit.

Die weitere Entwicklung war von drei Faktoren bestimmt. Die Bischöfe konnten vor allem (oft ausschließlich) die Priester. Bei der weiteren Planung konnten sie nur mit ihnen rechnen. Außerdem standen nur die Priester in einem formalen Abhängigkeitsverhältnis vom Bischof. Schließlich waren die Anstellungsbedingungen der Pfarrer und der Kapläne klar geregelt und gesichert. Für die Finanzierung eventueller Laienmitarbeiter standen aber zunächst keine Quellen bereit. Kurzum, es ist eine Pastoralverwaltung ausschließlich aus Klerikern entstanden oder wiederentstanden. Laienaktivisten der religiösen Kleingruppen und der spirituellen Bewegungen wurden ignoriert, ihre Existenz gelegentlich ausgesprochen verneint. Diese vorübergehend vielleicht unumgängliche Lösung ist aber nicht

problemfrei, zumal in Ungarn gegenwärtig 3075 Katholiken auf einen Diözesanpriester entfallen. Das sind etwa doppelt so viele wie in Deutschland. In Deutschland stehen aber bei einer sowieso besser ausgebauten Struktur einem Diözesanpriester im Schnitt 3,4, in Ungarn aber nur 1,3 in der Seelsorge tätige Personen (Ordensleute und Diakone eingeschlossen) zur Seite. Im Endergebnis entfallen auf eine in der Seelsorge tätige Person in Deutschland 518,5, in Ungarn dagegen 1334,3 Katholiken. Die Überalterung des ungarischen Klerus und die Vergreisung der Orden, die 40 Jahre hindurch fast keinen Nachwuchs aufnehmen konnten, ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Die Kirche als neue gesellschaftliche Akteurin

Die Wende veränderte über Nacht den gesellschaftlichen Stellenwert der Religion und der Kirche. Bereits seit Mitte der 80er Jahre wurde eine Autoritäts- und Prestigeverlagerung beobachtet. Das Ansehen der Institutionen des Parteistaates hat sich sukzessive verflüchtigt. Der Kirche dagegen wurde immer mehr Vertrauen entgegengebracht. Nicht zu vergessen ist jedoch, daß diese „Kirche“ eine unbestimmte Größe war, bestehend aus Träumen, Nostalgien und individuellen Erfahrungen mit Kirchengemeinden und katholischen Kleingruppen. Die Demokratisierung des politischen Systems erforderte aber Vertreter und Sprecher der Kirche. Als solche konnten nur die Bischöfe auftreten, wenn sie auch bis dahin vom kommunistischen System manipuliert wurden und isoliert abseits standen. Die Politik und die Medien trugen somit auch dazu bei, daß „die Kirche“ als Kleruskirche wiedererstand. Ihrem Prestige hat diese Veränderung nicht gut getan, es hat abgenommen (wenn es auch noch immer höher liegt als das der meisten anderen öffentlichen gesellschaftlichen Institutionen). Es gab aber eigentlich keine Alternative. In komplexen modernen demokratischen Staaten sind die Kirchen öffentliche Akteure. Um dieser Rolle gerecht werden zu können, müssen sie funktionsfähige Organisationen sein und eine klar identifizierbare Leitung haben.

Die „Kirchenfrage“ ist seit 1989 vor allem die Frage, wie die Kirche als neue Akteurin des gesellschaftlichen und politischen Lebens eingeführt wird. Der erste Schritt wurde, sehr ambivalent, noch von der kommunistischen Regierung getan. Es wurde ein Religions- und Kirchengesetz verabschiedet, worin einerseits eine unbedingte Religionsfreiheit ausgesprochen wird, andererseits aber das Kirchesein abweichend von der europäischen Tradition definiert wird. Nach diesem Gesetz (Gesetz IV./1990) reicht die Erklärung von 100 Personen aus, um eine Kirche zu gründen. Der Staat ist nicht befugt, über deren Satzung (d. h. in Glaubensfragen) zu entscheiden. Eine Kirche wird vom Gericht registriert, sofern 100 Unterschriften vorhanden sind, noch keine Kirche mit dem gleichen Namen existiert, die Gründungserklärung (oder die Satzung) nicht den Menschenrechten und

nicht den Gesetzen Ungarns widerspricht und ein Repräsentant der Gemeinschaft benannt ist. Das Gericht ist nicht berechtigt, von sich aus die Echtheit der Unterschriften anzuzweifeln. Eine Person kann auch in mehreren Kirchen (Gründungs-)Mitglied sein. Die so gegründeten und zur Rechtsperson gewordenen Kirchen sind in jeder Hinsicht gleichberechtigt und gleichrangig mit den alten und großen Kirchen. Sie haben auch Anrecht auf die gleichen Subventionen (direkte finanzielle Unterstützung, Ermäßigungen bei Steuer und Zoll usw.) und Begünstigungen (Recht auf eigene Schulen und auf Sendezeiten in den öffentlichen Medien, Gottesdienste in staatlichen Krankenhäusern und Pflegeheimen, Einlaß in Objekte des Militärs und der Strafverfolgung usw.), die den großen Kirchen zustehen.

Die Zahl der staatlich anerkannten Kirchen hat sich in Ungarn zwischen 1988 und 1998 von 20 auf 100 erhöht. Eine statistisch nachweisbare Zunahme der Mitgliederzahl der Klein- und Kleinstkirchen ist aber nicht erfolgt. Mit hoher Sicherheit kann man behaupten, daß ihre gesamte Anhängerschaft 200 000 nicht übersteigt (hier die seit Jahrhunderten ortsansässige Unitarische Kirche, die zu fünf Patriarchaten gehörende Orthodoxie und „alte“ Kleinkirchen wie die Baptisten, die Zeugen Jehovas, die Adventisten usw. mitgerechnet). Die Möglichkeit leichter Kirchengründungen kann zum Mißbrauch verleiten. Ganz besonders kann sie zur politischen Neutralisierung der katholischen Kirche verwendet werden. So geschah es zum Beispiel im Mediengesetz (Gesetz I./1996), wo in den Aufsichtsräten auch den Kirchen Plätze vorbehalten wurden. Dort wurden, im Namen der Gleichheit der Konfessionen, jeweils ein Platz für die „historischen Kirchen“ und ein Platz für „anderen Kirchen“ bereitgestellt. Die „historischen Kirchen“ (also die katholische, die reformiert-kalvinistische und die evangelisch-lutherische Kirche und der Verband Jüdischer Kultusgemeinden) vertreten allerdings 98 bis 99 Prozent und die „anderen Kirchen“ ein bis zwei Prozent aller Gläubigen. Nicht weniger interessant ist, daß eine bedeutende und sehr aktive Partei, der „Bund Freier Demokraten“ (mit ungarischer Abkürzung: SZDSZ, auch einfach „Liberales Partei“ genannt), die von 1994 bis 1998 in Koalition mit der Nachfolgepartei der ehemaligen Staatspartei (mit der Ungarischen Sozialistischen Partei, ungarisch abgekürzt: MSZP) die Regierung bildete, maßgeblich von der expansivsten und größten fundamentalistischen Sekte „Gemeinschaft des Glaubens“ (ungarisch: Hit Gyülekezet) mitbegründet wurde. Diese Partei hat sich im weiteren als Sprachrohr des Antikatholizismus profiliert.

Die Restitution ehemaliger kirchlicher Institutionen wurde bald nach der Wende beschlossen (Gesetz XXXII./1991). Ihre Durchführung stieß aber auf wirtschaftliche wie auch auf politische Schwierigkeiten. In nicht wenigen Fällen kam es über die Rückgabe von Schulen oder Krankenhäusern zu einem regelrechten Kirchenkampf. Diese Spannung hat inzwischen abgenommen. Der Preis dafür ist, daß die Kirche die Rückgabe völlig abgenutzter Objekte bzw. anstelle der

Rückgabe eine finanzielle Entschädigung akzeptiert. So ist es im Vertrag zwischen dem Vatikan und der Republik Ungarn festgehalten (unterzeichnet am 20. Juli 1997, ratifiziert als Parlamentsbeschluss 109/1997.XII.8.).

Ungenannt in diesen Gesetzen und Verträgen bleiben Landbesitz und sonstige gewinnbringende Teile des ehemaligen Kirchenvermögens. Diese wurden nicht zurückgegeben. Eine Entschädigung wurde auch nicht gezahlt. Daraus folgt, daß die Kirche für ihre laufenden Ausgaben, für die Instandsetzung der zurückerhaltenen Gebäude und für die Betriebskosten ihrer Institutionen eine nur unzureichende Deckung besitzt. Die Finanzen der Kirche werden gegenwärtig teils aus staatlichen Zuwendungen, teils aus den freiwilligen Beiträgen der Gläubigen bezahlt. Die staatlichen Zuwendungen sind – dem Vertrag zwischen dem Vatikan und der Republik Ungarn entsprechend – als die Jahreszinsen des Erlöses der nicht zurückgegebenen Gebäude gedacht. Die Kirchenbeiträge bestehen aus zwei Teilen. Einerseits können die Steuerzahler den Zweck von zwei Prozent ihrer Einkommensteuer selbst bestimmen, wovon ein Prozent direkt den Kirchen, das weitere Prozent gemeinnützigen Institutionen, auch kirchlichen, zugeführt werden darf. Der Haken dieser Regelung liegt im niedrigen Einkommen der Gläubigen, deren große Mehrheit nicht einkommenssteuerpflichtig ist. Die andere Hälfte des freiwilligen Kirchenbeitrags wird in der Kirchengemeinde gezahlt. Die Bischofskonferenz bittet um zwei Prozent jedes Einkommens für die Unterstützung der Kirche. Unkontrollierten Schätzungen nach wird von den Gläubigen nicht einmal ein Viertel der so ausgerechneten Summe tatsächlich bezahlt.

Ein Osteuropakenner hat vor einigen Jahren die kirchliche Situation Ost-Mittel-Europas mit dem lapidaren Satz charakterisiert: „Es wird gebaut.“ In der Tat sind die Bautätigkeit und die neuen politischen Regelungen die am sichtbarsten und am leichtesten faßbaren Elemente des kirchlichen Geschehens. Nur fragt sich, ob sie auch die wichtigsten sind. Die dreifachen Ausgangskordinaten der Kirche Ungarns, die Marginalisierung, die Verfolgungsfixierung und die Amtszentriertheit, mögen als Begrenzungen und Herausforderungen der Kirche verstanden werden. Sie müssen in Betracht gezogen werden, wenn der zurückgelegte Weg bewertet wird. Die eigentliche Frage besteht aber darin, wie die Kirche mit ihrer Hypothek fertig wird. Es ist also nötig, in einem zweiten Anlauf die Anstrengungen und die Ergebnisse zu beschreiben.

Ausbruch aus dem Getto

Die soziostrukturellen Gegebenheiten sind Fakten. Man könnte sagen, daß der Kommunismus sich in ihnen verewigt hat. Diese Feststellung ist aber keine Antwort auf die Frage, wie die Kirche mit jenen Menschen, die ihre Gemeinschaft bilden, sich erneuern und Zeugnis geben kann. Die eigentliche Antwort ist kurz.

Seit Jahren gibt es in Ungarn einen langsamen, mühsamen, doch kontinuierlichen religiösen Aufschwung. Dieser zeigt sich in Zahlen, in neuen Gemeinschaftsformen und in einer zunehmenden Übernahme von öffentlicher Verantwortung.

Beginnen wir mit den Zahlen. Seit 1978 nimmt die Zahl der sich als religiös bezeichnenden Menschen zu. Eine Zunahme ist auch bei den Kirchgängern zu spüren, doch viel weniger. Die Erklärung ist statistischer Natur. In jeder Altersgruppe kann eine bedeutende Hinwendung zur Religion und zur Kirchlichkeit festgestellt und gemessen werden. Also müßten auch die Kirchgängerquoten stark steigen. Aber es gibt trotz allen Aufschwungs in den jüngeren Jahrgängen wesentlich weniger religiöse Menschen als unter den Alten. Das Ableben der alten, mehrheitlich praktizierenden Generationen lichtet die Reihen der Kirchenbesucher. Dieser Verlust gleicht den bisherigen Aufschwung nahezu aus (und es ist sehr leicht möglich, daß der Verlust in den kommenden 10 bis 20 Jahren sogar größer werden kann, als der zahlenmäßige Gewinn aus den neu Dazugekommenen). Trotzdem bleibt nicht alles beim alten. Das Bild der Meßbesucher verjüngt sich. Der Anteil der jungen Erwachsenen und der jungen Familien mit Kindern nimmt zu. Die Altersstruktur der Kirchgänger wird gesünder. Ein neuer Wind, neue Lebenserfahrungen, neue Teilnahmewilligkeit kommen in die Kirche.

Der ost-mitteleuropäische oder eben ungarische Aufwärtstrend steht in krassem Gegensatz zur westlichen Entkirchlichung. Die östliche Entwicklung kann zum Teil als eine Auferstehung der zivilen Gesellschaft aus dem Tod der totalitären Bevormundung gedeutet werden. Zum Teil kann man als Ursache und als Rahmen konkretere Fakten wie die Existenz der ehemaligen Untergrundkirche, die Initiativen von unten, die christlichen Kleingruppen und Basisgruppen, die Laienpartizipation nennen. Nicht zuletzt diese haben die Lebendigkeit der Kirche hervorgebracht und bewahrt und auch vor Nichtglaubenden sichtbar gemacht. In der Neuorganisation der Kirche wurden sie übergegangen. Spurlos verschwunden sind sie nicht. Ein Teil der ehemaligen Kleingruppenmitglieder ist in die Wirtschaft und in die Politik gegangen. In Gremien der bürgerlichen Gemeinde und in vielen Funktionen, wo unbezahlte Arbeit und Verantwortung gefragt sind, findet man einen großen Anteil von Christen. Sie liefern ihren Beitrag zur Entstehung einer autonomen Zivilgesellschaft. Die örtlichen Caritas-Gruppen der Kirchengemeinden sind eine Ergänzung der staatlichen Sozialfürsorge.

Viele ehemalige Kleingruppenmitglieder dagegen bilden heute die etwa 40 bis 50 spirituellen Bewegungen des „Regnum Marianum“, der Focolare, der Charismatiker, der Drittorden usw. Bemerkenswert ist ihre unbedingte Loyalität zu den Bischöfen und zu der Amtskirche. Ihre bewegungstypischen Charismen, verbunden mit dieser Loyalität, tragen das Versprechen in sich, daß sie mit der Zeit im Leben der Kirche ihre Rolle zunehmend festigen werden. Es gab lediglich eine Ausnahme, wo die Hierarchie und eine Bewegung zusammengestoßen sind: der Piaristenpater György Bulányi und seine „Busch“ genannte Bewegung. Der kom-

munistische Staat konnte beide Seiten erfolgreich manipulieren und so eine Spaltung in die Kirche bringen. Pater Bulányi wurde von den Oberhirten des Landes im Jahr 1982 das Recht entzogen, in Ungarn öffentlich priesterliche Funktionen auszuüben. Nach langen Verhandlungen war Pater Bulányi 1997 bereit, ein Glaubensbekenntnis ohne einen relativierenden Zusatz zu unterschreiben. Die Glaubenskongregation hat diesen Schritt akzeptiert. Kurz darauf hat die ungarische Bischofskonferenz die gegen Pater Bulányi bestehenden Sanktionen aufgehoben. Damit ist dieser Konfliktfall beendet.

Das dritte Merkmal der Öffnung der Kirche ist ihre zunehmende Bereitschaft, im öffentlichen Bereich Verantwortung zu übernehmen. Das zeigt sich auf drei Ebenen. Bischöfe und sonstige Vertreter der Kirche werden oft von den Medien in öffentlichen Anliegen gefragt. Sie melden sich aber auch selbst immer wieder zu Wort. Dabei bleibt es nicht nur bei Worten, sondern die Kirche baut ein Netz von Institutionen zur Unterstützung der sozial Bedürftigen auf. Schließlich fordert die Kirche die Bürger und den Staat auf, ihre soziale Verantwortlichkeit wahrzunehmen. Der Sozialhirtenbrief der Ungarischen Katholischen Bischofskonferenz vom Sommer 1996 war eine klare Kampfansage an einen nur am Gewinn orientierten Kapitalismus. Die Kirche hat sich damit zur Anwältin der Benachteiligten erklärt. Das Echo hat ihr breite Sympathien vermittelt. Es hat weiterhin bestätigt, daß die Gesellschaft das soziale Engagement der katholischen Kirche würdigt.

Öffnung zur Welt

Um ihre Pluralismusfähigkeit und Gutwilligkeit zu demonstrieren, haben die ungarischen Universitäten unmittelbar nach der Wende den Kirchen angeboten, die nach der kommunistischen Machtübernahme im Jahr 1948 ausgeschlossenen theologischen Fakultäten erneut in die Universitäten zu integrieren. Die katholische Kirche hat die Offerte zurückgewiesen. Wenig später, so erzählt der damalige Minister für Kultur und Bildung, hat sich die Bischofskonferenz gegen die Errichtung eines Instituts für Religionswissenschaft an irgendeiner staatlichen Universität mit dem Argument gestellt, so ein Institut sei entweder prokirchlich oder antikirchlich. Weil es kirchlich nicht gewünscht und nicht möglich sei, wäre dessen staatliche Errichtung ein Affront gegen die Kirche. Der Minister hat zugestimmt, und bis heute gibt es an keiner ungarischen Universität einen Lehrstuhl oder ein Institut für Religionswissenschaft (oder Religionssoziologie, Religionspsychologie, Religionsethnologie, Religionsanthropologie usw.). Diese Geschichte kann man nur auf dem Hintergrund des Kommunismus verstehen, in dem „Religionswissenschaft“ „wissenschaftlicher Atheismus“ hieß und eine Hilfsdisziplin der Kirchenverfolgung war. Die Fachleute eines neuen Institutes

wären möglicherweise aus dieser Schule gewesen. Zum Hintergrund gehören aber auch die Angst und das Verfolgungssyndrom, die weder einen Dialog mit Religionswissenschaftlern zuließen noch den notwendigen Vertrauensvorschuß erlaubten. Die Folge war freilich nicht Religionsneutralität, sondern die Fortsetzung des alten Kurses, wonach es eben keine Möglichkeit gibt, sich wissenschaftlich an den Staatsuniversitäten mit Religion zu befassen.

Seit diesen ersten Jahren hat sich aber einiges gewandelt. Die Medien sind ein unabhängiges Forum geworden, wo auch über Religion gesprochen wird und wo die Kirchen nicht abseits bleiben können. Im Institut für Philosophie der Ungarischen Akademie der Wissenschaften ist eine Abteilung für Religionsphilosophie entstanden. Seit einiger Zeit wird an einer Provinzuniversität versucht, ein Fach Religionswissenschaft einzurichten. Die theologischen Fakultäten Veszprém und Szeged haben doch eine Kompromißformel für die Integration in die dortigen Universitäten gefunden. Und die Ungarische Akademie der Wissenschaften führt im Herbst 1999 bereits eine vierte große Konferenz über die Religion unter der Mitarbeit der Kirchen durch.

Das Schwinden der Berührungsängste ist auch an dem politischen Verhalten abzulesen. Die Kirche hat sich bei den ersten beiden Wahlen (1990 und 1994) strikt neutral verhalten. Es war aber ein offenes Geheimnis, daß die katholischen Sympathien bei den Christdemokraten lagen. Das hat sich später auch in den Wahlstatistiken gezeigt. 1998 ist davon nichts mehr übrig geblieben. Vor den letzten Wahlen hat sich die Christlich-Demokratische Volkspartei (ungarisch abgekürzt: KdNP) gespalten, und der stärkere Flügel gab populistische Erklärungen ab. Unter anderem griff der KdNP-Parteivorsitzende die Bischöfe als ungläubig an. Er mußte sich dafür scharfe Entgegnungen anhören. Der ausgeschlossene schwächere Flügel aber erhielt Aufnahme in die ansonsten gar nicht besonders religiöse Partei der Jungdemokraten (ungarische Abkürzung: FIDESZ). Als dann der Wahlhirtenbrief dazu aufrief, die Stimmen nicht für Splitterparteien abzugeben, weil diese – dem ungarischen Wahlsystem zufolge – nicht gewünschten größeren Parteien zugute kämen, wurde das von vielen als ein Wink mit dem Zaunpfahl gegen die Christdemokraten gedeutet. Es scheint, daß die Kirchlichkeit die politischen Entscheidungen diesmal weniger und sicherlich nicht einfach zugunsten der Christdemokraten beeinflußt hat. Die Wahlen haben bekanntlich die Jungdemokraten gewonnen. Die Christdemokraten (KdNP) sind an der 5-Prozent-Hürde gescheitert. In der Koalitionsregierung ist aber einer der ehemals ausgeschlossenen KdNP-Prominenten, der bisherige Laienreferent der Katholischen Bischofskonferenz, Minister geworden.

Die ersten acht Jahre nach dem Sturz des Kommunismus zeigten eine doppelte Besonderheit. Der Kirchenkampf war so scharf wie nie in den 60er, 70er und 80er Jahren. Und die Kirche war damit beschäftigt, jene Grundstrukturen und Institutionen zu errichten, die sie für ihr Funktionieren für unentbehrlich hielt. All diese

Spannungen und Anstrengungen beleuchteten, für alle sichtbar, die Macht der Organisation einer Kleruskirche. Es kann vielleicht beanstandet werden, daß es die Amtskirche war, die bestimmte, was für Grundstrukturen und Institutionen zu der Existenz der Kirche lebensnotwendig seien. Somit wurden wichtige Probleme als zweitrangig abgetan. Vielleicht ging es zuerst nicht anders. Eine Reihe von Aufgaben warten jedenfalls noch auf eine Lösung.

Die Zukunft des Christentums und die zukünftige Rolle der katholischen Kirche in Ungarn hängen vor allem von der Antwort auf vier Fragen ab: 1. Wie kann die Kirche aus dem Formalen und Institutionellen ausbrechen? Wie kann sie die Laien aktivieren, mit Aufgaben und Zuständigkeiten versehen und in eine Gemeinschaft der verschiedenen Dienste einbeziehen? 2. Wie kann diese Kirche aus dem Privatleben der bäuerlichen und der gutbürgerlichen Schichten heraustreten und vor allem, wie kann sie die Welt der Arbeit und die Arbeiter selbst erreichen? 3. Wie kann eine kulturschaffende, aktive und weltoffene christliche Intelligenz erzogen werden, die fähig ist, in der Sprache der Welt die Botschaft des Evangeliums auszusprechen? 4. Wie kann die Kirche die eigenständige Welt, mit und trotz deren Autonomie und Andersartigkeit, als ihr Milieu, als ihr Gegenüber annehmen und mit ihr in einen Dialog treten? Dieser letzte Punkt beinhaltet auch die Frage, wie die Kirche Ungarns sich dazu durchringen kann, den Pluralismus zu akzeptieren und mit welchem Erfolg sie den Versuch schafft, sich unter den Bedingungen des Wandels und der Vielfalt zu artikulieren.